

CDU-Fraktion: Haushaltsrede 2024

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gröger,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Laule,
sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
sehr geehrte Damen und Herren,**

mit der heutigen Debatte über den Haushaltsplan 2024 und die mittelfristige Finanzplanung betreten wir Neuland. Neuland deswegen, weil wir seit der Einführung der Doppik erstmals einen Ergebnishaushalt vorgelegt bekommen, der einen positiven Beitrag zum Finanzhaushalt leistet. Wie sollen wir damit umgehen? Was ist passiert und wo muss man doch zweimal hinschauen, um auch für die Zukunft gerüstet zu sein.

Wir haben 23,5 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen, das sind 5,5 Mio. Euro oder 30% mehr als im Jahr 2023 geplant. Das ist zwar nur eine Momentaufnahme, scheint aber trotzdem eine für 2024 und 2025 gesicherte Zahl zu sein. Da meinen wir, dass wir die heutige Gelegenheit nutzen sollten, uns auch einmal bei dem in Radolfzell ansässigen Gewerbe zu bedanken. Da scheint derzeit vieles richtig zu laufen. Ist das nachhaltig, oder müssen wir uns vielleicht sogar einmal die Frage stellen, ob der Hebesatz mit 390 bei einem Landesdurchschnitt von 377 noch angemessen ist. Bei einer Rezession, wovon einige Fachleute reden, könnte uns eine solche Diskussion noch viel schneller erreichen, als uns angenehm ist. Einige Millionen Steuereinnahmen weniger könnten unsere Finanzlage schnell in eine Schieflage bringen, bei ca. 90 % festgeschriebenen Ausgaben und einem Haushalt von ca. 120 Mio. Euro.

Der Gedanken unserer Verwaltungsspitze, wie bei der Neujahrsansprache dargestellt, in guten Jahren auch Schulden bei steigenden Zinsen zurückzuzahlen ist ja nicht verwerflich. Ich bin mir sicher, dass die Verwaltungsspitze uns heute diesen Gedanken noch genauer erläutert, denn eine außerplanmäßige Rückzahlung von ca. 3 Mio. Euro bedarf der Zustimmung des Gemeinderats.

Bei der Betrachtung unserer allgemeinen Finanzlage und der Liquidität fällt uns natürlich auf, dass die tatsächlichen Rücklagen in Höhe von rd. 66 Mio. Euro von den im Finanzhaushalt angesetzten 51 Mio. Euro Liquidität um 15 Mio. Euro positiv abweichen. Dies ist dem guten Haushalten (Wirtschaften?) im Jahr 2023 zu verdanken und ist natürlich ein weiteres gutes Argument, rd. 3 Mio. Euro Schulden vorzeitig zurückzuzahlen. Die Darstellung ist sachlich und fachlich einwandfrei, lässt aber auch den Schluss zu, dass aus heutiger Sicht eine Kreditaufnahme in den Jahren 2026 und 2027 nicht erforderlich sein wird.

Ja, wir könnten viele Investitionen, die in unserer mittelfristigen Finanzplanung sind, aus finanzieller Sicht umsetzen, wenn wir nur das nötige Personal dazu hätten. 80 Mio. Euro geplante Investitionen bis 2027 und 136 Mio. Euro ab 2028 ff. Das verdeutlicht auch, welcher enorme Investitionsrückstau sich in den vergangenen Jahren aufgebaut hat.

Den im Finanzhaushalt enthaltenen Investitionen können wir zustimmen, da dem Klimaschutz, den gesellschaftspolitischen Anforderungen und der Wirtschaft im Wesentlichen Rechnung getragen wird.

Ergänzend zu den Investitionen möchten wir ein weiteres Mal an unseren Antrag vom 20.04.2023 erinnern, in dem wir unter anderem eine strategische Planung zur Errichtung eines Gesundheitszentrums auf dem bisherigen Krankenhausareal gefordert haben. Wie bereits mehrfach diskutiert, würde ein MVZ, das ja nur eine Ansammlung von bereits bestehenden Arztpraxen ist, unseren Anforderungen nicht genügen, zumal auch die Ärzte mehrheitlich einem MVZ kritisch bis ablehnend gegenüberstehen. Es ist sicherlich nicht der richtige Zeitpunkt, um diese Diskussion heute zu führen, aber einen Betrag von 300 TEUR für die Planung eines Gesundheitszentrums einzustellen, halten wir für unsere Pflicht, um den langwierigen Verhandlungen auch dann kurzfristig Taten folgen lassen zu können.

Des Weiteren möchten wir dem Investitionskatalog des Inklusionsrates Nachdruck verleihen und fordern sie auf, die definierten Handlungsfelder barrierefreie Innenstadt, Wohnen, Arbeit und Bildung, Gesundheit und Freizeit in die Umsetzung zu bringen. Im gesamten Investitionsprogramm sind keine geplanten Investitionen ersichtlich, die vom Inklusionsrat gefordert sind. Wir bitten Sie dazu um Stellungnahme bzw. Aufklärung und einer verbindlichen Zusage zu den geforderten Maßnahmen des Inklusionsrates.

Die Diskussion um das Bahnhofsareal von der Pakethalle bis zur ZG haben Sie, Herr Oberbürgermeister, erfreulicherweise beim Neujahrsempfang öffentlich angestoßen. Wir stehen hinter diesem Projekt, das uns die nächsten Jahre beschäftigen wird und das eine zwingende Notwendigkeit hat, um die Innenstadt und deren Handel zu stärken. Dieses Zukunftsprojekt muss dazu beitragen, dass Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden und die Gewerbesteuer auf gutem Niveau planbarer wird. Dass bereits im Vorfeld der Umsetzung ein Projektleiter dafür verantwortlich zeichnen muss, ist für uns ebenso selbstverständlich und somit werden wir auch der Schaffung einer Stelle dafür zustimmen. Wir möchten Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dazu folgenden Rat mit auf den Weg geben:

Das neue Bahnareal ist in seiner Vollendung das neue Gesicht von Radolfzell und verbindet den See und die historische Altstadt. Zukunftsweisend, modern, wirtschaftsfördernd, wohlfühlend für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere Besucher. Radolfzell muss damit einen neuen Weg gehen, der vielleicht vergleichbar ist mit der Zeit, als in Radolfzell die Eisenbahn und die Industrialisierung kamen. Für dieses Projekt brauchen wir die besten Projektleiter, die besten Planer und einen OB, der dieses Projekt fest im Griff hat und entscheidungsfreudig den Weg aufzeigt.

Doch zurück zum Haushaltsplan:

Die Projektgruppe Innenstadtoffensive hat letzte Woche ihre Arbeit aufgenommen und wird den Maßnahmenkatalog voraussichtlich im Juli in den Gemeinderat bringen. Dieses Projekt soll insbesondere dadurch glänzen, dass viele Maßnahmen daraus auch sofort bzw. kurzfristig umgesetzt werden sollen. Leider sind für dieses Konzept erst ab 2025 jeweils 150 TEUR eingeplant. Ja, es besteht noch ein Rest aus dem Haushalt 2023 über 134 TEUR. Wenn wir es mit der Innenstadt und dem Projekt ernst meinen, sollten wir dafür auch weitere 150 TEUR im Jahr 2024 einsetzen, was wir beantragen.

In der Anlage 4 Hochbau sind die Allgemeinen Planungskosten für das Dezernat III mit 30 TEUR eingestellt. Wir stellen den Antrag, diese Position auf 100 TEUR zu erhöhen. Im Hinblick auf unser großes Jubiläum, auf die Bedeutung der Mettnau und der Kur, und die Möglichkeit den Naturschutz erlebbar zu machen, beantragen wir den Planung eines Ersatzes für den bestehenden Aussichtsturm auf der Mettnau. Der Turm ist marode und so nicht mehr zukunftsfähig. Dies könnte ein attraktiver Aussichtspunkt und ein Jubiläumsprojekt für 2026 werden, wo sich auch z.B. die Ortsteile und der Naturschutz präsentieren könnten.

Beim Ergebnishaushalt sind uns zwei Themen insbesondere aufgefallen, die wir gerne aufgreifen. Da ist auf der einen Seite das Thema Parkgebühren, Überwachung des Verkehrs und Bußgelder und auf der anderen Seite das Thema Wohnmobilstellplätze.

Die Posten Parkgebühren, Überwachung des Verkehrs und Bußgelder sind aus unserer Sicht zu konservativ angesetzt und könnten insgesamt mit einem Mehrbetrag von 150 TEUR zur Teilfinanzierung unserer Mehrbeträge bei den Investitionen dienen. Wir stellen den Antrag, das Thema Parkgebühren aufzubereiten und in den Verwaltungsausschuss zur Vorberatung zu bringen. Die Überwachung des Verkehrs, des Parkens, des Befahrens der Altstadt usw. wird aus unserer Sicht nicht mit der erforderlichen Notwendigkeit durchgeführt. Da, wo kaum Kontrollen stattfinden, schwindet leider auch der Sinn für Ordnungsmäßigkeit.

Bei den Wohnmobilstellplätzen überrascht, dass trotz der sehr hohen Auslastung der Stellplätze ein Minus von annähernd 100 TEUR besteht. Bei der Vorstellung des damaligen Konzepts war von Erträgen und nicht von Verlusten die Rede. Wir beantragen die Vorlage eines Konzepts zur Anpassung der Gebühren und das Eindämmen der wilden Parkerei von

Wohnmobilen beim Strandbad und an anderen Orten. Wir stellen den Antrag, die Gebühren vorerst um 50 TEUR zu erhöhen.

Gestatten Sie mir, bevor ich zum Stellenplan komme, noch eine Anmerkung zu einem aktuellen Ärgernis in der Radolfzeller Bevölkerung. In der Kernstadt einer 32.000-Einwohner Gemeinde gibt es aktuell - und das war lange Zeit vorhersehbar, inzwischen eine einzige Postfiliale und die ist personell noch unterbesetzt. Dies entspricht keinesfalls den gesetzlichen Anforderungen, die die Post ausgesetzt erfüllen muss und die besagen, dass ab 4.000 Einwohnern eine Filiale in einem zusammenhängenden bebauten Gebiet in maximal 2.000 Metern Entfernung erreichbar sein muss. Auf was müssen wir noch alles verzichten?!

Dem Stellenplan können wir zustimmen, sehen aber mit großer Sorge, dass derzeit einschl. der Nachwuchskräfte insgesamt 95 Stellen nicht besetzt sind. Dies erlaubt u.a. natürlich wieder einen niedrigeren Ansatz bei den Personalkosten, ist aber auf Dauer nicht vertretbar. Dass 34 Stellen bei den Nachwuchskräften nicht besetzt sind, bedeutet ja auch, dass wir kein interessanter Ausbildungsbetrieb sind und mit jeder/m Mitarbeiter/in, die/der in den Ruhestand geht, der Personalengpass sich vergrößert. Natürlich kennen auch wir die aktuelle Personalsituation, würden aber gerne innovativere Ansätze bei der Personalgewinnung mittragen. Wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse der Personaluntersuchung im Dezernat III. Unübersehbar ist das Ergebnis der jahrelangen personellen Vernachlässigung im Dezernat III. Wenn wir es mit der Umsetzung des gesamten Investitionsprogramms ernst meinen, müssen wir auch die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Lassen Sie mich bitte zum Schluss noch einige Worte zur Haushaltsstrukturkommission sagen. In mehreren Sitzungen haben die Vertreter der einzelnen Fraktionen zusammen mit der Verwaltung sich Gedanken über Einsparungen bei einzelnen Vorgängen bzw. in Teilbereichen der Verwaltung gemacht. Ja, wir haben da und dort kleinere Beträge gefunden, die man künftig einsparen kann. Wir haben an der Oberfläche etwas gekratzt, aber eben nur so, dass es keinem weh tut. Dies wird für die Zukunft sicherlich nicht mehr genügen.

Trotz guter Rücklagen, trotz guter Gewerbesteuerereinnahmen, trotz einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt 2024 werden die Haushalte in der Zukunft alles andere als entspannt sein. Wir müssen neue Wege gehen und hinter viele Leistungen, aber auch hinter die aktuelle Organisation, ein Fragezeichen setzen. Wir beantragen, dass wir uns dafür externe Beratung holen, die mit uns auch Themen hinterfragt, die wir niemals selbst auf den Prüfstand stellen würden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und lassen Sie uns nach den anderen Fraktionsreden in eine zügige und nicht von Kleinkrämerei geprägte Haushaltsberatung einsteigen!